



Grüne Seiten CW

BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN Charlottenburg-Wilmersdorf | Ausgabe I / 2025

Demokratie ist kein Abo-Modell

Über Politikverdrossenheit, Verantwortung und die Kraft der Zivilgesellschaft. Verantwortung beginnt bei uns.

Als Bezirksbürgermeisterin von Charlottenburg-Wilmersdorf und als Politikerin der Grünen, erlebe ich täglich, wie sehr sich das Verständnis von Politik verändert hat. Viele Menschen erwarten, dass der Staat und seine Institutionen ihre Probleme lösen, Antworten geben, Sicherheit bieten und das am besten sofort. Zugleich wächst das Gefühl, dass Politik intransparent ist, dass Entscheidungen irgendwo weit weg getroffen werden, aber nicht mehr im eigenen Lebensumfeld. Diese Haltung verkennt aber die Grundidee unserer parlamentarischen Demokratie.

Demokratie funktioniert nur, wenn alle mitmachen

Demokratie ist keine Selbstverständlichkeit. Sie ist keine Dienstleistung, die man bestellt, kein Automat, der Lösungen ausspuckt. Sie lebt davon, dass wir alle uns beteiligen, als Bürgerinnen und Bürger, als Nachbarinnen und Nachbarn. Sie ist kein Raum, in dem wenige handeln und viele klatschen oder buhen. Das Wesen der Demokratie funktioniert nur, wenn wir alle mitmachen. Das bedeutet: zuhören, sachlich diskutieren und aktiv Verantwortung übernehmen, Widerspruch aushalten, aber auch deutlich widersprechen, wenn das Recht des Stärkeren über die Stärke des Rechts gestellt werden soll.

Dieses Verständnis prägt auch meine eigene politische Haltung. Die Grünen sind als Bewegung von unten entstanden – aus der Überzeugung, dass gesellschaftlicher Wandel nicht von oben verordnet, sondern von unten gestaltet werden kann. Dieses „Bottom-up-Prinzip“ ist der Motor einer lebendigen Demokratie: Die Kraft liegt in den Menschen selbst und in ihrem Willen zu Subsidiarität und Solidarität.

Subsidiarität: Das Prinzip der Subsidiarität bedeutet hier, dass zuerst die Betroffenen vor Ort versuchen, gemeinsam eine Lösung für ein Problem zu finden. Erst wenn dies nicht gelingt, sollte eine übergeordnete Organisation, beispielsweise die Kommune oder der Staat, eingreifen. So wird die Mitbestimmungsmöglichkeit der Einzelnen gestärkt.

Gerade in Zeiten, in denen antidemokratische Kräfte lauter werden und die politische Debatte rauer wird, zeigt sich, wie wichtig das Miteinander ist. Demokratie ist nicht bequem. Sie verlangt Haltung, sie braucht Streit, die gemeinsame Suche nach Kompromissen und Orte, an denen das möglich ist. Sie zeigt sich überall dort, wo Menschen zusammenkommen, um etwas zu bewegen: im Gespräch, im Ehrenamt, im gemeinsamen Handeln. Demokratie muss immer wieder erarbeitet, vielleicht sogar erkämpft werden, im Dialog, aber wo nötig, auch mit Klarheit, Abschreckung und Entschlossenheit. All das braucht es jetzt.

Wer sich für Demokratie, Vielfalt und Menschenrechte engagiert, bekommt heute oft den



Kirstin Bauch, Foto: brittabay

Vorwurf, „parteiisch“ oder „nicht neutral“ zu sein. Neutralität bedeutet aber nicht, keine Haltung zeigen zu dürfen, wenn es um Menschenwürde, Freiheit und Gleichberechtigung geht. Genau das muss unser Staat nämlich, die Politikerinnen und Politiker und alle Bürgerinnen und Bürger, dazu verpflichtet uns das Grundgesetz, die Basis unserer Demokratie.

Das Grundgesetz ist nicht wertneutral, sondern wertgebunden. Es verpflichtet uns alle, gegen Hass und Ausgrenzung einzutreten. Alle Menschen, die sich gegen Rassismus oder Diskriminierung engagieren, handeln deshalb nicht „parteiisch“, sie handeln verfassungstreu. Sie erfüllen eine Aufgabe, die für unsere Demokratie unverzichtbar ist: Sie tragen dazu bei, dass es in diesem Land gerecht und menschlich zugeht.

Demokratisches Engagement in Charlottenburg-Wilmersdorf

Ich bin dankbar, dass sich diese Kraft in unserem Bezirk jeden Tag zeigt: in Stadtteilzentren und Nachbarschaftshäusern wie dem Haus der Nachbarschaft, dem Haus am Mierendorffplatz oder dem Divan, in Jugendclubs wie dem Haus der Jugend oder dem Freizeitzentrum Anne Frank und in zahlreichen Initiativen, die sich für Integration, Inklusion oder Klimaschutz engagieren. Hier beweisen Menschen jeden Tag, dass Demokratie und Politik nicht fern sind, sondern ganz eng und ganz nah in unserem Lebensalltag eingebunden sind. Hier organisieren Menschen Sprachcafés, Kulturveranstaltungen, Nachbarschaftshilfe oder Unterstützung für Geflüchtete. Ohne sie wäre Charlottenburg-Wilmersdorf kälter, leiser, ärmer an Begegnung. Deshalb war es mir ein persönliches Anliegen, diese Einrichtungen

finanziell abzusichern, damit sie auch künftig stabile Orte des Zusammenhalts bleiben, an denen gesellschaftlicher Zusammenhalt im Alltag spürbar wird.

Ich wünsche mir deshalb noch viel mehr Menschen in unserem Bezirk, die sich nicht in eine innere Verweigerungshaltung zurückziehen, sondern sich bewusst machen, wie fragil, aber unendlich wertvoll Demokratie ist, und dass sie etwas dafür tun können. Unser freizeithohes Zusammenleben muss jeden Tag aufs Neue erarbeitet werden und kann nur funktionieren, wenn es von gegenseitigem Respekt geprägt ist.

Ich möchte auch mit meiner Arbeit deutlich machen, dass Politik nicht als Gegenüber der Gesellschaft empfunden werden darf, sie ist Teil davon. Gerade auf der kommunalen Ebene spüren wir, dass demokratische Prozesse Zeit, Geduld und Kompromisse brauchen. Es ist nicht immer einfach, unterschiedliche Interessen zusammenzubringen. Aber genau das ist die Stärke der Demokratie.

Ich möchte Sie ermutigen: Engagieren Sie sich! Bringen Sie sich ein: im Verein, in der Schule, im Stadtteilzentrum, in der Nachbarschaft. Demokratie beginnt nicht im Parlament, sondern unter allen Menschen, die bereit sind, miteinander zu reden. Sie lebt dort, wo wir Verantwortung füreinander übernehmen und wo wir nicht aufgeben, auch wenn die Diskussion anstrengend wird.

Kirstin Bauch
Bezirksbürgermeisterin von Charlottenburg-Wilmersdorf, Abteilung Finanzen, Personal und Wirtschaftsförderung

INHALT

Demokratie ist kein Abo-Modell	1
Kieze gemeinsam sozial und ökologisch entwickeln	2
Keine Zeit für Luftschlösser	2
Sichere Schulwege und mehr Platz in der Freizeit für die Nachbarschaft	2
In diesem Haushalt steckt ein Stück Paris	3
Lebensqualität trotz Klimawandel geht nur mit mehr Grün!	3
Das Fundament unserer Demokratie: eine unabhängige Justiz	4
Neue Perspektiven für den Einzelhandel	4
Ein neues Gesetz für den Verfassungsschutz	5
Wildtiere auf der Mierendorff-Insel	5
Olympia in Berlin?	5
Wie die schwarz-rote Regierung die Zukunft verspielt	6
Künstliche Intelligenz: ein rechtsfreier Raum?	6
Interview mit Britta Hasselmann: Wir sagen Ja zu Reformen, aber Nein zu Sozialabbau	7
Alle komplexen Themen werden auf junge Menschen abgewälzt	7
Wusstet ihr schon ...?	8



Aus dem Bezirk

Kieze gemeinsam ökologisch und sozial entwickeln

Im Bezirk gestalten wir Planungen und Genehmigungen transparent.

Wie soll unser Kiez aussehen? Charlottenburg-Wilmersdorf wächst, selten mit großen Neubaugebieten, sondern im Kleinen, durch die Bebauung einer Lücke oder einer Parkplatzfläche. Doch oft gibt es Fragen zu diesen Projekten und manche sind auch umstritten. Wie können solche Nachverdichtungen transparent und mit für alle nachvollziehbaren Kriterien entwickelt werden?

Dafür braucht unser Bezirk städtebauliche Leitlinien. Überall dort, wo Bauende weitergehende Befreiungen von dem geltenden Baurecht brauchen, sollen mit klaren Kriterien Grundsätze der Planung für alle nachvollziehbar werden. Dazu gehören soziale Kriterien wie der Bau von bezahlbaren Wohnungen und das Verbot von Wohnen auf Zeit und vom Anbieten von möblierten Wohnungen.

Ferner sind ökologische Aspekte zu betrachten. Wie kann die Versiegelung begrenzt, also bevorzugt Flächen genutzt werden, die schon versiegelt sind? Kann durch die Wahl der Baumaterialien ein ökologischer Mehrwert erreicht werden? Wie kann bei dem konkreten Vorhaben durch Fassadenbegrünung, Regenwassermanagement oder andere Maßnahmen das Kleinklima verbessert werden?

Kann die Aufenthaltsqualität im Bezirk steigen durch die Gestaltung eines Treffpunkts, Verbesserung des öffentlichen Raums oder eines nahegelegenen Parks?

Die Nachbar*innen sind über größere Vorhaben zu informieren und ihre Anregungen aufzunehmen.

Damit sollen die Kieze ihre Attraktivität und ihre soziale Mischung behalten. Eine kiezverträgliche Genehmigungspraxis soll bezahlbaren und gesunden Wohnraum schaffen, Freiflächen qualifizieren und das Klima verbessern. Dabei sollen echte Wohnungen entstehen und keine Mikroapartments. Alle, die im Bezirk planen, bekommen eine verlässliche Grundlage, auf der sie ihre Projekte aufsetzen können. Das führt zur Beschleunigung der Verfahren. Kiezverträglichkeit funktioniert nur im Austausch mit den Bewohner*innen.

Als Fraktion haben wir diese Leitlinien angestoßen, damit sich unsere Kieze sozial und ökologisch in einem transparenten Verfahren entwickeln.

■ Ansgar Gusy (BVV CW)

Sprecher für Stadtentwicklung
Vorsitzender des Ausschusses für Stadtentwicklung



Ansgar Gusy, Foto: britibay

Keine Zeit für Luftschlösser

Grüne Bezirkskulturpolitik ist Real- und keine Schaufensterpolitik.

Die massiven, unverhältnismäßigen und kurzsichtigen Kürzungen im Berliner Kulturretat haben nicht nur berlinweit, sondern indirekt auch im Bezirk Folgen, die existenzgefährdend für die Kulturschaffenden und für unsere Institutionen sind.

Zwei Beispiele, mit denen wir als Grüne Kulturpolitikerinnen im Bezirk im Moment beschäftigt sind: Der Fond „FABiK“ für Honore für ausstellende Künstler*innen soll komplett gestrichen werden, was im Kern die Arbeit z.B. unserer Kommunalen Galerie am Fehrbelliner Platz gefährden würde. Unerklärlich, wie der schwarz-rote Senat darauf kommt, Künstler*innen müssten nicht bezahlt werden. Mit der Musikschule City-West haben wir eine der besten und meistbesuchten Musikschulen in ganz Berlin, ganz eindeutig ein Verdienst der Musikpädagog*innen vor Ort. Dank des „Herrenberg-Urteils“ müssten diese endlich fest angestellt, somit angemessen bezahlt und sozial abgesichert werden. Der Senat duckt sich weg, auch hier: Null Euro, nada, nothing.

Uns geht es um den Erhalt und die Stabilisierung unserer Bezirkskulturorte, Realpolitik ist unser Ansatz und keine Schaufensterpolitik.

Doch manchmal darf man hier auch etwas träumen, denn dank der umsichtigen Haushaltspolitik von Kirstin Bauch konnte der Etat unseres Kulturamts, trotz erzwungener Einsparmaßnahmen im Bezirkshaushalt, stabilisiert werden und sogar um den Betrieb eines neuen Kulturorts im Bezirk erweitert werden: Besucht unbedingt das Schoeler-Schlösschen, das älteste Haus in Wilmersdorf, das im Mai festlich eröffnet wurde. Das Kulturprogramm nimmt langsam Gestalt an und lädt u. a. zum Mitgestalten ein.

■ Anja Kraus (BVV CW)

Stellvertretende Fraktionsvorsitzende
Sprecherin für Kultur
Beisitzerin im BVV-Vorstand
u. a. Mitglied im Ausschuss für Weiterbildung und Kultur

■ Dagmar Kempf (BVV CW)

Fraktionsvorsitzende
Stellvertretende BVV-Vorsteherin
Vorsitzende des Ausschusses für Weiterbildung und Kultur



Anja Kraus, Foto: britibay



Dagmar Kempf, Foto: britibay

Sichere Schulwege und mehr Platz in der Freizeit für die Nachbarschaft

Wo und wie wird das in Charlottenburg-Wilmersdorf schon umgesetzt?

In unserem Bezirk gehen ca. 32.000 Kinder jeden Tag zur Schule. Leider verhindert der dichte Autoverkehr, dass sie die alltägliche Bewegung zu Fuß oder mit dem Rad genießen können. Für alle Schulen wurden Gutachten erstellt, wie die Schulwege sicherer gestaltet werden können.

Sichtbar wird die neue Gestaltung unter anderem vor der Schinkelschule, der Nelson-Mandela-Grundschule, in der Nähe des Gottfried-Keller-Gymnasiums und beim Umbau der Kreuzung Prinzregentenstraße/Waghäuser Straße. Hier entstehen breitere Gehwege, Fahrradständer und eine bessere Einsicht in die Kreuzungsbereiche. Unterstützt wird dies durch Einbahnstraßen vor Schulen im Bezirk. Je mehr Eltern die eingerichteten Kiss-&-Go-Zonen in der Nähe der Schulen nutzen, um ihren Kindern hier ein sicheres Aussteigen aus dem Auto zu ermöglichen, desto übersichtlicher wird der Verkehr direkt vor den Schulen.

Eltern, die an ihren Schulen gerne morgens oder nachmittags Schulstraßen einrichten wol-

len, bei denen die besonders oft als Schulwege genutzten Straßen direkt vor den Schulen für den Durchgangsverkehr gesperrt werden, werden durch das Bezirksamt unterstützt.

Mit temporären Spielstraßen werden Straßen als Aufenthaltsort und für Begegnungen mit Nachbar*innen nutzbar. Für den Autoverkehr gesperrt, werden sie zum Spielen freigegeben: mit Ballspielen, für die Fahrrad-AG der Schule, zum Jonglieren üben, mit Hula-Hoop-Reifen tanzen, Rollschuh fahren, mit Straßenkreide malen und vieles mehr. Einige nutzen die Ruhe auch für ein Picknick auf dem Bordstein oder nehmen sich einen Klappstuhl und Kaffee, um ins Gespräch zu kommen.

Das Feedback von Personen, die an der Spielstraße vorbei kamen, war überwiegend positiv. Einige hatten Vorschläge für andere Orte, einige für weitere Maßnahmen zur Schulwegsicherheit.

Die Spielstraßen sollen weitere Nachahmer*innen im Bezirk finden. Für die Durch-

führung braucht es Ansprechpersonen vor Ort. Unter <http://spielstraßen.de> findet ihr alle Informationen. Ihr braucht ca. fünf bis zehn Personen für die Organisation und die Anträge nach dem Leitfaden für temporäre Spielstraßen. Sucht euch eine schöne Straße in eurem Kiez und fangt an!

Kurz gesagt: Kinder wollen sich bewegen und benötigen dafür Platz in ihrem Kiez sowie vor ihrer Schule oder Kita. Wir sorgen dafür, dass dies möglich wird.

■ Corinna Balkow (BVV CW)

Sprecherin für Mobilität
Sprecherin für Schule
Mitglied in den Ausschüssen Ordnungsangelegenheiten und Verkehr sowie Schule

■ Jakob Zimmer (BVV CW)

Stellvertretender Fraktionsvorsitzender
Sprecher für Ordnung und öffentlichen Raum
u. a. Mitglied im Ausschuss für Ordnungsangelegenheiten und Verkehr



Corinna Balkow, Foto: Jannette Kneisel



Jakob Zimmer, Foto: britibay

Charlottenburg-Wilmersdorf

In diesem Haushalt steckt ein Stück Paris

Wir kürzen nicht bei Demokratie. Wir stärken sie.

In diesem Haushalt steckt ein Stück Paris. Der Pariser Rathausplatz wurde entsiegelt und mit einem kleinen Stadtwald begrünt. Das erhöht die Aufenthaltsqualität und sorgt in den zukünftigen Hitzesommern für Abkühlung. Und wir werden den Horst-Wundt-Platz (Anmerkung der Redaktion: Stadtplatz an der Kreuzung Horstweg / Wundtstraße) endlich entsiegeln, begrünen und den Kiez verkehrsberuhigt gestalten. Dafür wird die Wundtstraße für den Autoverkehr unterbrochen und der Rad- und Fußverkehr sicher gestaltet. Seit vielen Jahren haben sich die Anwohner*innen dafür eingesetzt. Nun wurde nach Ende der Bürgerbeteiligung im Doppelhaushalt 2026/2027 Geld für den Umbau eingestellt. In Zukunft werden die Menschen aus dem Kiez Abkühlung, Erholung und einen grünen Platz haben, auf dem der ganze Kiez zusammenkommen kann.

Wir kämpfen weiter für den Klimaschutz

Und dieser Haushalt enthält noch mehr. Während der Senat die Gelder für die Pflege der Grünflächen kürzt, kämpfen wir Bündnisgrünen weiter für Klimaschutz – auch im Haushaltsausschuss. Wir haben in diesem Haushalt den erforderlichen Eigenanteil von 1,35 Millionen Euro für 2026 und 1,82 Millionen Euro für 2027 für den Preußenpark eingestellt. Damit bekommen wir Bundesfördermittel und können den Preußenpark fit für die Klimakrise machen. Er wird klimaresilient umgestaltet und bekommt ein Regenwassermanagement, damit wir bei Starkregenereignissen das Wasser für die zukünftigen Hitzewellen nutzen können. Gerade bei den zahlreichen Streichungen des Senats im Klimabereich ist es wichtig, die vorhandenen Grünflächen besser auf den Klimawandel vorzubereiten. Dafür ist auch das Parkläuferprogramm. Nur durch Druck von uns Grünen hat der Senat die Kürzungen zurückgenommen.

An acht Schulen im Bezirk werden die Schulhöfe teilweise entsiegelt und im Sinne der Schwammstadt umgestaltet. Dafür sind 2026 240.000 Euro und für 2027 750.000

Euro eingestellt. Damit die Kinder auch sicher zu den Schulen gelangen, sind pro Jahr 1 Million Euro für Schulwegsicherheit im Haushalt vermerkt. Damit sorgen wir für mehr Verkehrssicherheit vor den Schulen und lassen die Verkehrswende wieder ein Stück Realität werden.

Wer die Demokratie stärken will, der muss Geld dafür bereitstellen

Demokratie lebt davon, dass Menschen sich treffen, austauschen und zusammen Ziele verfolgen. Genau dafür braucht es Räume wie das Haus am Mierendorffplatz. Vor einigen Monaten war die Finanzierung für 2025 noch unklar, wir Grünen haben das Haus gerettet und Gelder für 2025 erkämpft – aber auch für 2026 und 2027. Aber nicht nur diesen wichtigen Ort sichert der Haushalt ab, auch die Stadtteilzentren Divan und das Haus der Nachbarschaft, die wir zum Teil als Bezirk finanzieren. Für die Ulme 35 haben wir erfolgreich gekämpft und sie ist nun vollständig über das Land finanziert. Gerade im Westend ist die Ulme 35 eine wichtige Stimme der Solidarität und Hilfsbereitschaft.

Ein Blick hinter die Zahlen – wie ein Doppelhaushalt funktioniert

Damit all diese Projekte möglich werden, lohnt sich ein Blick hinter die Zahlen. Berlin, seine Bezirke und der Bund haben jeweils eigene Haushalte. Die Bezirke planen ihren Doppelhaushalt immer für zwei Jahre – hier also für 2026 und 2027. Für diese beiden Jahre stehen unserem Bezirk etwa 980 Millionen Euro bzw. knapp 1 Milliarde Euro zur Verfügung. Auf den ersten Blick wirkt das nach viel Geld – doch rund 98 Prozent fließen in gesetzliche Pflichtaufgaben, also in Bereiche, die der Bezirk erfüllen muss: Jugend- und Sozialämter, Schulen, Verwaltung, Sport, Kultur, Umwelt und vieles mehr. Das bedeutet, der finanzielle Spielraum für freiwillige Investitionen, neue Projekte oder zusätzliche Angebote ist begrenzt.

Der Haushaltsprozess selbst ist komplex: Nach Bekanntgabe der Mittel durch das Land erstellt die Serviceeinheit Finanzen

zunächst Eckwerte, also grobe Finanzpläne für die einzelnen Ämter. Diese werden intern im Bezirksamt diskutiert, bevor es an die detaillierte Verteilung und Feinplanung geht. In den Haushaltsausschüssen werden alle Titel geprüft, Veränderungen gegenüber dem Vorjahr analysiert und Prioritäten gesetzt. Erst nach dieser intensiven Vorbereitung kann die Bezirksverordnetenversammlung den Doppelhaushalt beschließen, bevor er schließlich vom Abgeordnetenhaus geprüft und bestätigt wird.

Ein Stück Paris und ganz viel Grün

Vor diesem Hintergrund wird deutlich, wie schwierig es ist, zusätzliche Projekte umzusetzen: Entsiegelung, neue Grünflächen, sichere Schulwege, Stadtteilzentren – all das muss aus dem vergleichsweise kleinen Spielraum finanziert werden. Umso wichtiger ist, dass wir als Fraktion mit unserer grünen Bürgermeisterin Kirstin Bauch in diesem Doppelhaushalt erfolgreich waren: Durch kluge Einsparungen konnte die sogenannte pauschale Minderausgabe von 7,9 Millionen Euro eingespart werden. Dadurch entsteht ein Plus, das Projekte sichert und den Haushalt ausgleicht. Bestehende Angebote wurden nicht gekürzt, sondern gesichert oder ausgebaut.

Pauschale Minderausgabe (PMA): Nicht immer sind in einem Haushalt alle geplanten Ausgaben abgesichert. Diese Lücken müssen dann durch die pauschale Minderausgabe abgedeckt werden. Dies geschieht z. B., wenn Projekte weniger kosten oder zeitlich verschoben werden und damit die Kosten erst später anfallen. Das eingesparte Geld geht dann in den Gesamthaushalt des Bezirks ein.

Damit trägt dieser Haushalt eine klare grüne Handschrift für den Klimaschutz und den Zusammenhalt im Kiez. Wir werden das Ziel, Charlottenburg-Wilmersdorf fit für die Klimakrise zu machen, nicht aus den Augen verlieren. Und dieser Haushalt enthält wahrlich ein kleines Stückchen Paris.

■ Sebastian Weise (BVV CW)
Fraktionsvorsitzender
Sprecher für Haushalt und Diversity
u. a. Mitglied im Ausschuss für Haushalt, Personal und Diversity

■ Alissa Wiemann (BVV CW)
Stellvertretende Fraktionsvorsitzende
Sprecherin für Wirtschaftsförderung und Gleichstellung
Vorsitzende des Ausschusses für Haushalt, Personal und Diversity



Sebastian Weise, Foto: britibay



Alissa Wiemann, Foto: Alissa Wiemann

Lebensqualität trotz Klimawandel geht nur mit mehr Grün!

Warum es schlau ist, den Baumentscheid zu unterstützen, mehr Großbäume zu pflanzen und die ambitionierten europäischen Vorgaben zu erfüllen.

Als um 1900 die europäische Stadt mit ihren gründerzeitlichen Quartieren auf der Fläche unseres heutigen Bezirks entstand, war das eine Glanzleistung. Stadtbaumeister wie Hobrecht, Carsten und später Weber und Scharoun haben Häuser, Straßen, Plätze, Grünanlagen und die Ver- und Entsorgungsleitungen gut durchdacht geplant. Zur modernen verdichteten Stadt gehörten Alleen, Straßenbäume und Schmuckplätze selbstverständlich dazu.

Auch nach dem zweiten Weltkrieg, als der Tiergarten abgeholzt war, eine Hungersnot drohte und die Bevölkerung aufgerufen wurde, auch die Kleingartenlauben zu Wohnzwecken zu nutzen, kannte man den Wert grüner Straßenzüge. Man bepflanzte alle Magistralen (Anmerkung der Redaktion: Hauptverkehrsachsen) wieder neu mit Straßenbäumen. Diese damals gepflanz-

ten Bäume sind heute 80 Jahre alt und können Beeinträchtigungen ihres Standortes durch Leitungsbau, zu kleine Baumscheiben, Hitzestress, Salzeintrag und Bodenverdichtung nicht mehr schadlos standhalten. Immer wieder werden Straßenbäume gefällt, weil sie krank bzw. nicht mehr verkehrssicher sind oder der Platz für Baumaßnahmen gebraucht wird. So hat Charlottenburg-Wilmersdorf in den letzten 30 Jahren mehr als ein Viertel seiner Straßenbäume eingebüßt.

Wir sind in der Stadt jedoch auf die Kühlungsleistungen, die Filterwirkung bei Luftschadstoffen und die sommerliche Beschattung von Aufenthaltsflächen durch Großbäume angewiesen. Denn keine noch so smarte künstliche Technik hat eine bessere Klimawirkung als Bäume.

Jetzt sollen der Baumentscheid für Berlin und die europäischen Vorgaben aus der Wiederherstellungsverordnung unserer natürlichen Lebensgrundlagen (Nature Restoration Law) Abhilfe schaffen. Der Baumentscheid fordert an Straßen im Durchschnitt alle 15 Meter einen Baum. Die EU-Vorgabe verlangt, den Baumverlust zu stoppen, und Expert*innen empfehlen eine Baumüberschirmung von 30 Prozent der Stadtfläche. Nur wenn wir jetzt konsequent in Grün investieren, halten wir das Gesetz ein und sichern gleichzeitig die Lebensqualität und unser Wohlbefinden.

■ Sibylle Centgraf (BVV CW)
Sprecherin für Klimaschutz
Vorsitzende des Ausschusses für Umwelt, Grünflächen, Natur- und Klimaschutz



Sibylle Centgraf, Foto: britibay



Aus dem Land Berlin

Das Fundament unserer Demokratie: eine unabhängige Justiz

Als rechtspolitische Sprecherin unserer grünen Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus setze ich mich für eine starke, resiliente und unabhängige Justiz in Berlin ein. Denn: Ein funktionierender Rechtsstaat ist das Rückgrat unserer Demokratie.

Unsere Priorität muss sein, unsere Justiz widerstandsfähig zu machen gegen verfassungsfeindliche Kräfte. In Polen und Ungarn haben wir gesehen, wie schnell es vorbei sein kann mit der Unabhängigkeit der Gerichte. In Deutschland genießen unsere Gerichte bislang ein hohes Ansehen. Vor allem unser Bundesverfassungsgericht, aber auch der Berliner Verfassungsgerichtshof genießen eine breite Akzeptanz, ja eine Hochachtung. Zu Recht – unsere Gerichte sind Bollwerke des Rechtsstaats, gerade in schwierigen Zeiten, in denen verfassungsfeindliche und autoritäre Kräfte stärker werden. Auch bei uns beginnen jedoch gefährliche Bestrebungen, unseren Gerichten die Anerkennung abzusprechen, sie also zu delegitimieren, das ist alarmierend – wir müssen aufpassen!

Angriffe auf die Unabhängigkeit der Justiz

Auch unsere Justiz, unser so wohlbehüteter Rechtsstaat ist gegenüber den Strategien autoritärer Kräfte verletzlich. Autoritäre Kräfte, unterstützt von den entsprechenden Medien, beginnen damit, einzelne Gerichtsentscheidungen in Frage zu stellen und einzelne Richter und Richterinnen zu diffamieren, sie zu beleidigen und zu bedrohen.

Dies mussten wir in Berlin zum Beispiel erleben im Frühling 2025, als das Berliner Verwaltungsgericht entschied, dass die Zurück-

weisung von drei Asylsuchenden unzulässig war. Darauf folgte eine regelrechte Kampagne gegen das Berliner Verwaltungsgericht, befeuert durch rechte Medien. Der Richter, der entschieden hatte, wurde persönlich angefeindet und bedroht. Ein solch respektloser Umgang mit unseren Gerichten stellt eine neue, eine erschreckende Dimension dar. Hinzu kam, dass die Entscheidung des Berliner Verwaltungsgerichts für Innenminister Dobrindt leider keinerlei Grund war, seine Migrationspolitik zu überdenken. Er nahm die Gerichtsentscheidung nicht ernst, weil sie nicht in die CDU/CSU-Migrationspolitik passte. Der Innenminister erklärte, als bloße „Einzelfallentscheidung“ sei sie für seine Politik nicht bindend. Wenn allerdings schon unsere Regierungsparteien so argumentieren, trägt das dazu bei, die Akzeptanz unserer Gerichte in der Gesellschaft zu schmälern. Gerichtsentscheidungen brauchen Respekt, auch von der Politik!

Im Juli 2025 ereignete sich dann die unsägliche Kampagne um die Wahl von Frauke Brosius-Gersdorf, einer anerkannten Juristin mit herausragender Expertise, zur Richterin am Bundesverfassungsgericht. Akteure des öffentlich ausgetragenen Streits: die beiden Regierungsparteien im Bund. Wer sich darüber freut: antidemokratische Kräfte, denen der gute Ruf des Bundesverfassungsgerichts schon lange ein Dorn im Auge ist. Auch dieser Streit hat

unsere Justiz und das Vertrauen in demokratische Abläufe beschädigt.

Gemeinsam den Rechtsstaat schützen

Alle demokratischen Parteien sollten aufpassen, der Untergrabung des Vertrauens in unsere Justiz nicht weiter Vorschub zu leisten: Die Unabhängigkeit, die Stabilität und die Akzeptanz unserer Justiz und damit unseres Rechtsstaats sind ein hohes Gut. Ist die Akzeptanz der Justiz erst einmal beschädigt, haben verfassungsfeindliche Kräfte leichtes Spiel damit, sie als Grundpfeiler unserer Demokratie in Frage zu stellen – das dürfen wir nicht zulassen.

Deshalb heißt grüne Rechtspolitik: Gerichte stark machen, ihre Unabhängigkeit großschreiben. Für Berlin heißt das: unseren Berliner Verfassungsgerichtshof resilient machen. Damit sind wir derzeit im Abgeordnetenhaus befasst. Wir verankern wichtige Grundsätze unseres Berliner Verfassungsgerichts in unserer Berliner Verfassung.

Richter und Richterinnen an den Berliner Gerichten müssen wir bestens ausstatten mit funktionierender IT und exzellenten Fortbildungen. Vor persönlichen Diffamierungen und Bedrohungen müssen wir sie schützen. Schöffen und Schöffinnen müssen sich zur freiheitlich demokratischen Grundordnung bekennen. Hierzu haben wir als grüne Fraktion kürzlich

einen Antrag in das Abgeordnetenhaus eingebracht. Im Plenum des Abgeordnetenhauses habe ich dazu im September dieses Jahres eine Rede gehalten – zu finden über die Website des Abgeordnetenhauses und auf meiner Website petra-vandrey.de.

Für unseren Rechtsstaat müssen sich alle demokratischen Kräfte einsetzen! Damit unsere Justiz ein unabhängiges und starkes Fundament unserer Demokratie bleibt.

■ Petra Vandrey (MdA)

Mitglied des Abgeordnetenhauses
Rechtspolitische Sprecherin



Petra Vandrey, Foto: Petra Vandrey

Neue Perspektiven für den Einzelhandel

Wir Grüne setzen uns in Charlottenburg-Wilmersdorf und ganz Berlin dafür ein, dass Einkaufsstraßen zu lebendigen Orten der Begegnung werden. Mit kreativen Ideen und nachhaltigen Konzepten wollen wir Vielfalt sichern und den Handel zukunftsfest machen.

Die Wirtschaft in Charlottenburg-Wilmersdorf ist geprägt vom Einzelhandel. Dafür steht der Boulevard Kurfürstendamm mit seinen Geschäften wie keine andere Straße in Berlin. Auch die Wilmersdorfer Straße, die erste Fußgängerzone der Stadt, und die vielen Einkaufsstraßen von der Berliner Straße über die Kantstraße bis zur Reichsstraße bestimmen das Stadtbild.

Strukturwandel des Einzelhandels

Für die Berliner*innen sind sie der Anker im Alltag: für die Nahversorgung ebenso wie als soziale Orte des Austauschs und Treffpunkte für Kommunikation. Der Einzelhandel befindet sich aber mitten in einem tiefgreifenden Strukturwandel. Er kämpft mit sich überlagernden Krisen und mit heftigen Einbrüchen beim Konsumklima. Das setzt gerade die Läden unter Druck, die die Lebendigkeit der Innenstädte ausmachen: Textilien, Bekleidung, Schuhe, Spielwaren usw. Der Online-Handel wächst unvermindert und beeinflusst Einzelhandelsstandorte spürbar.

Wer sich im Bezirk umsieht, auf den Straßen, in den Shopping-Centern, sieht den Leerstand. Die Umsätze im stationären Handel stagnieren, viele Händler*innen sind verunsichert und wissen nicht, wie weiter.

Auch für die Beschäftigten ist das eine große Belastung. Rund 140.000 Arbeitnehmer*in-

nen arbeiten in der Branche, ein erheblicher Teil des Berliner Arbeitsmarkts. Die Mehrheit der Beschäftigten sind Frauen. Charakteristisch sind Teilzeitbeschäftigung und „flexible“ Arbeitszeitmodelle.

Die Insolvenz der Signa-Holding und ihrer Warenhäuser verschärft die Dynamik. Allen Warnungen zum Trotz hat der schwarz-rote Senat bis zum bitteren Ende auf den schillernden Herrn Benko vertraut. Längst ist das Karstadt-Kaufhaus in der Wilmersdorfer Straße geschlossen, nach beinahe 120 Jahren Betrieb. Wie es mit dem Kaufhaus am Kurfürstendamm weitergeht – ungewiss. Und so sieht es an vielen Standorten aus – von der Müllerstraße bis zum Alex.

In der Wilmersdorfer Straße hat der Bezirk sich früh auf den Weg gemacht: mit der Etablierung eines Standortmanagements zur Sicherung einer langfristigen und nachhaltigen Entwicklung und einem integrierten Städtebaulichen Entwicklungskonzepts (ISEK). Landesweit versucht der Senat nachzuziehen und veranstaltet an wechselnden Orten „Zentrenpfel“.

Er setzt dabei auf bereits bestehende Maßnahmen und Förderinstrumente, die bisher kaum Wirkung erzielt haben. So wird er der Lage des Einzelhandels in den Berliner Zentren nicht gerecht.

Für die Zukunftsfähigkeit des Berliner Einzelhandels

Im Abgeordnetenhaus Berlin hat die Fraktion der Grünen mehrere Prozesse gestartet, um die Entwicklung neuer konkreter Ideen für die Zukunftsfähigkeit des Berliner Einzelhandels und die Stärkung der Vielfalt in den Berliner Zentren voranzubringen.

Im Juli haben wir gemeinsam mit unserer Bezirksbürgermeisterin Kirstin Bauch vor Ort im Einkaufszentrum „Wilma“ unser Positionspapier vorgestellt, wie wir Shopping-Center zu vielfältigen Orten weiterentwickeln können. Zu Orten mit Konsum und Kultur, mit Läden und öffentlichen Angeboten wie Bürgerämter oder Gesundheitsdiensten, mit Begegnungsräumen für alle, von Jugendlichen bis Senior*innen.

Schon im Mai haben Antje Kapek, Julian Schwarze und ich uns mitten auf den Breitscheidplatz gestellt und mit den Bürger*innen diskutiert, wie die Zukunft dieser Herzkammer des Berliner Einzelhandels aussehen kann. Mit bemerkenswert „grünen“ Ergebnissen. Durch Ideen und kreative Lösungen haben Breitscheidplatz und Kurfürstendamm alle Voraussetzungen, eine Modellregion zu werden – als Landmarke des Handels und als Orte, wo wir soziale Begegnung fördern und das Klima schützen, wo wir Berlin zukunftsfest machen. Dafür braucht es eine Verwaltung, die investiert, die auch mal neue Wege geht und

es braucht Eigentümer*innen, die an nachhaltigen Lösungen interessiert sind und nicht am schnellen Euro.

Wir werden weiter das Gespräch mit den Bürger*innen und dem Handel suchen. Die Zentren sind mitten im Umbruch. Die Diskussion, welche Unterstützung Gewerbetreibende und Händler*innen brauchen, wie soziale Treffpunkte erhalten, Verdrängung gestoppt und die Vielfalt gestärkt werden kann – sie geht weiter und bleibt spannend.

■ Christoph Wapler (MdA)

Mitglied des Abgeordnetenhauses
Sprecher für Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik



Christoph Wapler, Foto: Rainer Kurzeder



Ein neues Gesetz für den Verfassungsschutz

Welche neuen Befugnisse planen CDU & SPD für unseren Berliner Nachrichtendienst?

Der Berliner Verfassungsschutz soll unsere Demokratie vor Bedrohungen schützen. Dabei ist er der freiheitlich demokratischen Grundordnung (fdGO) verpflichtet und wird durch die Kontrollgremien des Parlaments demokratisch kontrolliert. Für uns Grüne schaue ich hier also ganz genau hin.

Die **freiheitlich demokratische Grundordnung (fdGO)** bildet die Grundlage für das friedliche Zusammenleben der Menschen in der Bundesrepublik Deutschland. Im Zentrum stehen für das Bundesverfassungsgericht vor allem

- die Würde des Menschen,
- das Recht auf Mitbestimmung und
- das Rechtsstaatsprinzip.

Diese Grundwerte sorgen dafür, dass die Gesetzgebung fair, transparent und im Einklang mit den Rechten der Bürger*innen erfolgt.

Nun gibt es einen Vorschlag für eine Generalüberholung des Verfassungsschutzgesetzes. Neben notwendigen gesetzlichen Anpassungen, die sich aus verschiedenen Gerichtsurteilen (u. a. des Bundesverfassungsgerichts) ergeben haben, will die Koalition neue Befugnisse wie die Online-Durchsuchung oder den Zugriff auf Videosysteme im öffentlichen Raum ermöglichen. Das sehen wir kritisch. Außerdem stehen den neuen weitreichenden Befugnissen völlig unzureichende Transparenzpflichten und Möglichkeiten der demokratischen Kontrolle gegenüber. Das ist höchst problematisch!

Für uns war immer ein zentrales Anliegen, die Arbeit des Verfassungsschutzes wissenschaftlich überprüfen zu lassen. So eine fundierte Analyse fehlt hier jetzt gänzlich. Ein Nachrichtendienst, der grundsätzlich größtenteils im Verborgenen arbeitet, muss besonders kontrolliert werden. Gerade aus der Geschichte dieser Behörde in Bezug auf den NSU (Anmerkung der Redaktion: Nationalsozialistischer Untergrund, eine terroristische Vereinigung, die zwischen 2000 und 2007 neun migrantisierte Personen und eine Polizistin ermordete), aber auch im Kontext des Terroranschlags auf dem Weihnachtsmarkt am Breitscheidplatz 2016, sind wir sehr vorsichtig mit neuen weitreichenden Befugnissen.

Mit unserer Kritik sind wir nicht alleine. Meike Kamp (Datenschutzbeauftragte Berlins), David Werdermann (Gesellschaft für Freiheitsrechte e. V.) sowie Dr. Jakob Hohnerlein (Max-Planck-Institut zur Erforschung von Kriminalität, Sicherheit und Recht) haben im Ausschuss weitreichende Kritik am Gesetzesentwurf geäußert.

Der Verfassungsschutz will ein mutmaßlich verfassungswidriges Gesetz zum Schutz der Verfassung nutzen: Absurder geht es nicht! Wir werden uns dafür einsetzen, dass dieser Entwurf verändert wird und werden laut in unserer Kritik bleiben.

■ June Tomiak (MdA)

Mitglied des Abgeordnetenhauses
Sprecherin u. a. für Verfassungsschutz

Wildtiere auf der Mierendorff-Insel

Ein Wildtierspaziergang mit der Stadtteilgruppe Charlottenburg-Nord und dem Berliner Wildtierexperten Derk Ehlert

Mit der Stadtteilgruppe Charlottenburg-Nord habe ich einen Wildtierspaziergang rund um die Mierendorff-Insel organisiert. Mit dabei war der Berliner Wildtierexperte Derk Ehlert. Die Reaktion war überwältigend, aber lest selbst: Mittwoch 17 Uhr auf der Mierendorff-Insel. Rund 100 Anwohnende kamen: Jüngere, Ältere, alteingesessene Inselbewohner*innen und Neu-Berliner*innen. Dieses breite Interesse an Berliner Wildtieren hatte ich sogar selbst unterschätzt.

Aber wenn man in den Abendstunden oder früh morgens über die Insel streift, gibt es auch viel zu entdecken: Füchse drehen ihre Runden, die Graureiher fliegen tief über die Häuserschluchten und in der Spree sind Biber unterwegs. Unser Spaziergang führte uns entlang der Spree, an Kleingärten vorbei bis zum Österreichpark. Derk Ehlert hat mit seinen Berichten unseren Blick auf unsere eigene Nachbarschaft ganz neu geschärft.

In den letzten 20 Jahren hat sich viel getan im Bereich Wildtiere. Viele Arten, die lange aus der Stadt verdrängt waren, kommen langsam wieder zurück. Es gibt aber auch immer wieder Konflikte mit Wildtieren. Zum Beispiel wenn der Waschbär ins Haus gelangt oder wenn Nachbarn einen verletzten Greifvogel finden. Zusammenleben in der Stadt ist eben nicht immer konfliktfrei.

Gerade laufen im Parlament die Haushaltsberatungen. Im Bereich Umwelt- und Klimaschutz haben CDU & SPD dick den Rot-

stift angesetzt. Zum Beispiel wurde massiv im Bereich Kleingewässer gekürzt. Die sind aber super wichtig für das lokale Mikroklima und als Biotope für zum Beispiel bedrohte Amphibien. Die Wildvogelstation des NABU (Naturschutzbund Deutschland e. V.), in der Wildvögel wieder aufgezogen werden, kann durch die Kürzungen ihre Arbeit nur stark eingeschränkt fortführen. Wir werden versuchen, im Parlament noch Änderungen zu erwirken, aber diese Koalition zeigt deutlich: Ihnen sind Wildtiere und die Stadtnatur nicht wichtig.

■ June Tomiak (MdA)

Mitglied des Abgeordnetenhauses
Sprecherin u. a. für Wildtierschutz



June Tomiak, Foto: June Tomiak

Olympia in Berlin?

Zwischen der Begeisterung für ein olympisches Sommermärchen, historischer Verantwortung und der Frage, ob Berlin dem gewachsen ist.

Olympia im eigenen Land – das ist ein Traum vieler junger Leistungssportler*innen. Nun bewirbt sich Berlin gemeinsam mit den Bundesländern Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen und Schleswig-Holstein um die Olympischen Spiele 2036, 2040 oder 2044. Aber was würde die Austragung von Olympia praktisch für Berlin bedeuten?

Olympia 1936 – ein schwieriges Erbe

Zunächst ein Blick zurück: Die letzten Olympischen Spiele in Berlin fanden im Jahr 1936 statt. Sollte Berlin Austragungsort für das Jahr 2036 werden, so wäre das ein Jubiläum mit bitterem Beigeschmack – 100 Jahre nach dem durch die Nationalsozialisten veranstalteten 11. Olympischen Sommerspielen im August 1936. Hitler und die NSDAP nutzten die Spiele damals für politische und rassistische Propaganda. Es wäre insofern eine Verpflichtung, die Austragung der Spiele mit einer intensiven Auseinandersetzung mit der NS-Zeit zu verknüpfen.

Angesichts der politischen Lage in Deutschland sicherlich ein guter Zeitpunkt, aber auch eine nicht zu unterschätzende Herausforderung. Weitere ergeben sich aus der bloßen

Dimension der Olympischen Spiele. Olympia überträte alles bisher Dagewesene: mehr Menschen, mehr Verkehr, mehr Logistik.

Chance oder Verschuldung?

Und die Probleme im Alltag Berlins scheinen gerade auch nicht zu schrumpfen, sondern eher zuzunehmen. Ob Berlin sich ein Event dieser Größenordnung antun sollte – und ob es den personellen und organisatorischen Kraftakt schaffen würde –, ist fraglich. Und selbst wenn, würde sich das lohnen?

Mit der Austragung Olympischer Spiele werden häufig wirtschaftliche Vorteile verbunden, beispielsweise die Schaffung von Arbeitsplätzen oder mehr Tourismus. Doch viele dieser Effekte sind nur temporär. So entfallen viele Jobs nach dem Ende der Spiele wieder. Der Ökonom Matthias Firgo warnt: Großereignisse schaffen nicht automatisch zusätzliche Wertschöpfung. Oft wird nur Geld umverteilt und öffentliche Mittel fehlen anderswo. Einheimische kaufen Olympia-Tickets statt Konzertkarten; Sportfans nehmen Betten weg, die sonst Kongress- und Kulturgäste nutzen würden.

In Berlin fehlt es schon heute an allen Ecken und Enden an Geld, das hat auch der aktuelle

Haushalt deutlich gezeigt. Dabei müssten wir gerade jetzt investieren: in Infrastruktur, Klimaanpassung, Wohnungsneubau – und in unsere oft maroden Sportanlagen. Zwar würde eine Olympia-Planung auch finanzielle Mittel für bestehende Anlagen bringen, doch sind vor allem temporäre Wettkampforte vorgesehen. Klara Schedlich, sportpolitische Sprecherin der Grünen im Abgeordnetenhaus, betont: „Sechs Millionen Euro sollen aus dem Sporthaushalt für die Bewerbung um Olympische und Paralympische Spiele in den nächsten zwei Jahren ausgegeben werden. Sechs Millionen, die es nicht zusätzlich gibt, sondern die an anderer Stelle fehlen.“

Ob Berlin durch die Olympischen Spiele tatsächlich Gewinn machen könnte, ist offen. Studien zeigen, dass die seit 2000 ausgetragenen Olympischen Spiele regelmäßig die geschätzten Kosten überschritten, insbesondere bei den aus Steuergeldern finanzierten Investitionen, z. B. in die olympischen Dörfer, Sportstätten und Pressezentren. Dennoch konnten in der Regel am Ende eine Deckung der Einnahmen oder sogar Gewinne verzeichnet werden.

Klar ist: Ein großer Teil der finanziellen Belastung träge die Steuerzahlenden. Entschei-

dend ist also, wofür das Geld eingesetzt wird. Auch hier lohnt sich ein Blick, wie es andere Austragungsstädte in der jüngeren Vergangenheit gemacht haben. Paris und Tokio haben Olympia als Motor für Stadtentwicklung genutzt und jeweils Milliarden in Infrastruktur investiert. Der Fokus lag dabei auf Projekten, die auch nach den Spielen genutzt werden. Für Berlin bliebe die Frage: Fließt Geld vor allem in temporäre Wettkampforte oder in dauerhafte Infrastruktur wie die Sanierung bestehender Sportanlagen, in zukunftsfähige Quartiere und den ÖPNV? Nur nachhaltige – und wirklich erforderliche – Investitionen können langfristig einen Mehrwert für die Stadt bieten.

Deutsche Mitbewerberregionen

Auch München, Hamburg und die Region Rhein-Ruhr bewerben sich für Olympia. Im Herbst 2026 fällt die Entscheidung, wen Deutschland ins Rennen schickt. Die Berliner Stadtbevölkerung ist bisher unentschieden. Kai Wegner stellt eine Beteiligung der Bürger*innen in Aussicht. Bisher ist also alles offen: Kann Berlin das – und will es überhaupt?

■ Johanna Golissa (Redaktion)



Aus dem Bundestag

Wie die schwarz-rote Regierung die Zukunft verspielt

Die schwarz-rote Koalition hatte alle Mittel, um das Land fit für die Zukunft zu machen – und verzockt sie mit Finanztricks und teurer Klientelpolitik.

Für 42 Mitglieder des Haushaltsausschusses und zahlreiche Mitarbeitende in Abgeordnetenbüros, Verwaltung und Ministerien war es eine recht kurze Sommerpause – nur wenige Tage zwischen Ende Juli und Anfang August.

Der Grund dafür: Die Haushaltsverhandlungen 2025

Für mich persönlich schließt sich mit diesem Haushalt ein Kreis: Den ersten Entwurf brachte ich noch als Mitglied des damaligen Bundeskabinetts auf den Weg. Der Rest ist Geschichte.

Die Ampelregierung ist daran zerbrochen, dass die großen Herausforderungen in diesen unnormalen Zeiten – Investitionsstau, Abhängigkeiten von russischem Gas, Verteidigungsfähigkeit, Klimakrise – nicht in einen normalen Haushalt passen.

Auch deshalb habe ich mit voller Überzeugung im März 2025 für die Grundgesetzänderung gestimmt und das Sondervermögen mit der klaren Zielvorgabe auf den Weg gebracht, mit zusätzlichen Investitionen in unsere Infrastruktur und Klimaschutz, um Deutschland wettbewerbsfähig, wachstumsorientiert und klimaneutral zu machen.

Beim Sondervermögen wird getrickst

Aus dem schwarz-roten Entwurf für den Haushalt 2025 wurden Investitionen entfernt, wo dies nur möglich war, und in das Sondervermögen verschoben. Außerdem vereinbarte die Koalition noch mit Ländern und Kommunen, dass auch sie nicht zusätzlich investieren müssen. Rüstungsinvestitionen, die ohnehin nicht sonderlich wachstumsfördernd sind, wurden doppelt gezählt. Es wurden Be-



Lisa Paus, Foto: Laurence Chaperon

griffe umgedeutet: IT-Personalstellen beispielsweise galten plötzlich allesamt als Investition. Und zur Krönung definierte die Koalition auch noch fossile Energie zur Klimamaßnahme um und finanziert mit dem Sondervermögen beispielsweise eine Öl-Pipeline.

Klimaschutz ist für diese Koalition bestenfalls Verhandlungsmasse. Dabei brauchen wir in Zeiten von Hitzesommern, Dürren und Unwettern mehr und entschlosseneren Klimaschutz. Stattdessen subventioniert die Regierung fossile Energie und kürzt die Gelder für klimaschonende Technologien.

Das führt nicht nur bei uns zu breitem Entsetzen, sondern auch bei vielen Expert*innen und angesehenen Wirtschaftsinstituten, Bundes-

bank, ifo Institut (Anmerkung der Redaktion: Institut für Wirtschaftsforschung), selbst der Sachverständigenrat der Bundesregierung urteilt: Weil eben nicht mehr und zusätzlich investiert wird, sondern ganz viel in den Konsum geht, ist der Haushalt 2025 ein Strohfeuer auf Pump, mit dem der Schuldenstand Deutschlands dauerhaft auf über 80 Prozent steigt. Zu Lasten künftiger Generationen.

Die Regierung verschenkt die Chancen

Söders teure Wahlgeschenke waren ihnen offenbar wichtiger als die ausreichende Finanzierung von Krankenhäusern, Brücken, Schulen und der Bahn.

Seitens der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben wir damit gerechnet, dass

die Regierung beim Klimaschutz nicht in die Vollen gehen würde, dass es auch Verteilungsstreit geben würde. Aber wir haben nicht damit gerechnet, dass die Verschuldungsmöglichkeiten derart schamlos für Wahlgeschenke ausgenutzt werden würden.

Die Regierung setzt darauf, dass Linke und Grüne nicht genug Stimmen im Parlament haben, um eine Klage beim Bundesverfassungsgericht gegen die Pläne zum Sondervermögen einzureichen. Genauso wie sie darauf setzen, dass es wegen der Maskendeals von Jens Spahn nicht reicht für einen Untersuchungsausschuss.

Es ist bitter!

Diese Regierung stolpert jeden Tag über die Erwartungen, die sie selbst schürt: von der Kanzlerwahl über die Absenkung des Strompreises für alle bis zum Beschluss des Haushalts.

Wir Grüne kämpfen weiter, damit alle Menschen gut leben können: für bezahlbare Kieze und eine wirksame Mietpreisbremse. Für die Grundsanierung unserer Infrastruktur und für ein Land, das funktioniert. Für Equal Pay (Anmerkung der Redaktion: gleiche Bezahlung für gleiche oder gleichwertige Arbeit) und 15 Euro Mindestlohn. Für saubere und bezahlbare Energie und starken Klimaschutz. Für echte Selbstbestimmung, Gleichstellung und eine starke Demokratie.

■ Lisa Paus (MdB)

Mitglied des Bundestages
Amtierende Vorsitzende des
Haushaltsausschusses

Künstliche Intelligenz: ein rechtsfreier Raum?

Künstliche Intelligenz ist für viele bereits fester Bestandteil des Alltags. Andere nutzen sie hingegen noch gar nicht oder sehen vor allem Gefahren in der neuen Technologie. Doch wie sieht eigentlich die aktuelle Gesetzeslage aus?

Künstliche Intelligenz (KI) ist in Deutschland seit ungefähr drei Jahren für viele fester Bestandteil bei der Suche und Aufbereitung von Informationen. Ob im privaten Alltag oder beim Arbeiten. Die aktuellen KI-Modelle, wie beispielsweise „ChatGPT“ oder „Gemini“ finden breiten Einsatz und haben eines gemeinsam: Beide Modelle sind sogenannte „Large Language Models“ (LLM). Sie durchforsten große Teile des Internets, um Fragen zu beantworten und können unter anderem Texte und Tabellen erstellen. Sie dienen als vielseitige Rechercheassistenten, die durch das richtige „Prompten“ angeleitet werden müssen. Neben diesen Sprachmodellen gibt es auch Bild- und Videomodelle.

Prompten bedeutet, dem jeweiligen KI-Modell eine möglichst genaue Frage, Anleitung oder Aufgabenstellung zu einem bestimmten Thema oder Sachverhalt zu stellen.

Die dadurch entstandenen neuen und geradezu unermesslichen Möglichkeiten haben schon früh Rufe nach gesetzlichen Regelungen laut werden lassen. Dabei fordern wir, die Grü-

nen, dass Unternehmen, die an der Entwicklung von KI-Modellen beteiligt sind, transparent darstellen müssen, wie sie arbeiten. Dazu zählen wir das Offenlegen von Lern-Algorithmen und Daten, mit denen KI-Modelle geschult werden. Denn eines unser Hauptanliegen ist, dass KI-Modelle keine frauenfeindlichen, rassistischen oder sonstigen diskriminierenden Inhalte übernehmen und weiterverbreiten. Unsere im Grundgesetz verankerten Grundrechte dürfen durch die Nutzung von KI-Modellen nicht beschnitten und Personen durch KI-Inhalte nicht manipuliert werden.

Welche KI-Regelungen gelten bereits in Deutschland?

Nationale Regelungen existieren in Deutschland noch nicht. Allerdings hat die Europäische Union bereits im Juli 2024 die weltweit ersten Regelungen zur künstlichen Intelligenz veröffentlicht und zwar als Verordnung, sodass sie in allen europäischen Mitgliedstaaten direkt gelten. Diese auch als „AI Act“ bezeichnete KI-Verordnung tritt seit August 2024 über einen Zeitraum von insgesamt 36 Monaten in Kraft. Seit Februar 2025 gilt beispielsweise Artikel 5. Danach sind KI-Systeme verboten, die Techniken der unterschweligen Beeinflus-

sung mit dem Ziel benutzen, das Verhalten einer Person zu verändern. Das Verbot umfasst auch die Verhaltensmanipulation von Kindern durch sprachgesteuerte Spielzeuge. Zudem verbietet Artikel 5 das sogenannte „social scoring“, was wir als Grüne besonders gutheißen und gefordert haben.

Beim **social scoring** wird menschliches Verhalten analysiert und mit Punkten bewertet (Sozialkreditsystem). Ziel ist es, gutes Verhalten mit Punkten zu belohnen und schlechtes Verhalten mit Punktabzügen zu bestrafen. An den Punktestand kann sodann z. B. gekoppelt werden, ob eine Person eine neue Wohnung erhält.

Im nächsten August 2026 wird zusätzlich Artikel 50 der KI-Verordnung in Kraft treten. Dieser verlangt die Kennzeichnung von Texten, Fotos oder Videos, die mit KI-Modellen hergestellt oder bearbeitet wurden. Mit dieser Kennzeichnungspflicht wurde ebenfalls eine unserer Forderungen umgesetzt.

Bisherige Umsetzung in Deutschland

Ein Teil der KI-Verordnung legt den einzel-

nen Mitgliedstaaten der EU jedoch auch Pflichten auf. So musste die aktuell aus CDU/CSU und SPD bestehende Bundesregierung bis Anfang August 2025 Sanktionsmaßnahmen für Verstöße gegen die KI-Verordnung regeln und vor allem Behörden benennen, die die Einhaltung der KI-Regelungen überwachen sollen. Bisher hat die Bundesregierung keine solchen Behörden benannt oder Sanktionsmaßnahmen festgelegt und hinkt an dieser Stelle hinterher. Dementgegen hatte das damals noch von Robert Habeck geführte Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz bereits im Dezember 2024 einen Gesetzesentwurf veröffentlicht, der die Bundesnetzagentur als Marktüberwachungsbehörde und zentrale Anlaufstelle für Beschwerden bei Verstößen gegen die KI-Verordnung sowie die Einrichtung einer unabhängigen Marktüberwachungskammer vorsah. Das nun zuständige Bundesministerium für Digitales und Staatsmodernisierung (CDU-geführt) nutzte diesen Gesetzesentwurf als Vorlage und übernahm ihn in Teilen wortwörtlich. Dabei hält es insbesondere – um nur einen Punkt zu nennen – an der Bundesnetzagentur als künftige Marktüberwachungsbehörde fest.

■ Anna Vandrey (Redaktion)



„Wir sagen Ja zu Reformen, aber Nein zu Sozialabbau.“

Ein Interview mit Britta Haßelmann

Liebe Britta, vielen Dank für die Möglichkeit dieses Interviews. Nachdem Du gemeinsam mit Katharina Dröge drei Jahre lang die Regierungsfraktion geleitet hast, seid Ihr nun in derselben Funktion in der Opposition. Wie definiert Ihr und die Fraktion diese veränderte Rolle?

Wir sind ganz schön stolz auf das, was wir in der Regierung erreicht haben. Das Land ist klimafreundlicher, gerechter und fortschrittlicher geworden.

Jetzt haben wir uns in der Fraktion als selbstbewusste Opposition neu aufgestellt. Wir wollen eine starke Stimme sein. Haltung, Klarheit in der Sache und Verantwortung sind von uns zu erwarten. Auf uns wird es ankommen, das haben wir ja schon vor der Regierungsbildung mit der Grundgesetzänderung bewiesen.

Bei der Grundgesetzänderung zur Schuldenaufnahme für Verteidigungs- und Infrastrukturausgaben haben die Grünen sich zunächst quergestellt, das Vorhaben am Ende aber mitgetragen. Was waren die Gründe für die anfängliche Ablehnung – und warum hat die Fraktion dann schließlich doch zugestimmt?

Das erste Auftreten von Friedrich Merz und Lars Klingbeil war recht breitbeinig, so nach dem Motto: Das wird jetzt so gemacht. So geht das aber nicht, wenn man für ein Vorhaben auf Stimmen aus der Opposition angewiesen ist. Und allen war ja klar, dass die dringend nötigen Investitionen in unserem Land nicht mal eben so aus dem laufenden Haushalt zu finanzieren sind. Deshalb war unsere Haltung: Wenn wir zusätzliche Mittel im Rahmen eines Sondervermögens ermöglichen, dann muss das Geld auch tatsächlich zusätzlich und in die Zukunft investiert werden. Uns ging es um einen breiter gefassten Sicherheitsbegriff und um die Verankerung des Klimatransformationsfonds (KTF). Nach harten Verhandlungen stand am Ende ein Ergebnis, das die Grundgesetzänderung sehr viel besser gemacht hat.

Und wurde das damals Vereinbarte mit dem heutigen Blick auf die kommenden Haushalte eingehalten?

Alle können es bei den aktuellen Haushaltsdebatten sehen: Die schwarz-rote Koalition verspielt mit dem Sondervermögen die Zukunft. Gelder werden zwischen Kernhaushalt und Sondervermögen verschoben, ohne zusätzlichen Mehrwert und ohne echte zusätzliche Investitionen. Die Folge sind Rekordlöcher in der Finanzplanung von 170 Milliarden Euro. Ein gefährlicher Kurs für unsere Wirtschaft, Gesellschaft und die Glaubwürdigkeit dieser Bundesregierung. Die Modernisierung unseres Landes wird durch den immer neuen Koalitionsstreit weiter aufgeschoben.

Unsere Haltung ist klar: echte Zukunftsinvestitionen in Klimaschutz, soziale Gerechtigkeit und Infrastruktur, wie Schienennetze und Schulen, sowie eine Reform der Schuldenbremse. Da werden wir in den laufenden Verhandlungen für streiten. Vielen Dank an dieser Stelle auch an Lisa Paus. Ich bin froh, dass der Haushaltsausschuss bei ihr in guten Händen ist!

Mit dem **Klima- und Transformationsfonds (KTF)** unterstützt die Bundesregierung seit 2011 Maßnahmen, die zur Energiewende und dem Klimaschutz beitragen. Dazu gehören u. a.

- Ausbau der erneuerbaren Energien
- klimafreundliche Heizungen oder Wärmedämmung (energetische Sanierungen)
- Tank- und Ladeinfrastruktur, etwa für E-Ladesäulen
- Industriestrom für stromintensive Unternehmen

Bei Entscheidungen, die eine Zweidrittelmehrheit erfordern, sind auch künftig die Stimmen der Grünen entscheidend. Damit kann die Fraktion trotz Oppositionsrolle vereinzelt direkten Einfluss nehmen. Welche Vorhaben siehst Du hier in den kommenden Jahren auf die Fraktion zukommen und worauf kommt es in solchen Verhandlungen besonders an?

Wir treffen Entscheidungen nicht aus parteitaktischen Motiven. Die Regierungsfaktionen waren bereits mehrfach auf Stimmen von uns angewiesen: Jüngst bei der Wahl der Richterinnen und Richter für das Bundesverfassungsgericht, bei der Grundgesetzän-



Britta Haßelmann, Foto: Studio Kohlmeier

derung für das Sondervermögen, selbst bei der Kanzlerwahl, als wir den Weg für einen zweiten Wahlgang möglich gemacht haben. Bei all diesen Entscheidungen war für uns zentral, dass wir sie für notwendig erachten für das Land und die Bürgerinnen und Bürger.

Die **Schuldenbremse** steht seit 2009 im Grundgesetz. Sie bestimmt, wie viel Geld der Staat sich leihen darf, auch damit zukünftige Generationen nicht mit hohen Schulden belastet werden. Im März 2025 wurde die Schuldenbremse gelockert: Ausgaben für Verteidigung fallen z. B. nicht mehr unter die Schuldenbremse. Außerdem wurde ein Sondervermögen in Höhe von 500 Milliarden Euro für Infrastruktur (Schulen und Kitas, Bahnstrecken und Straßen, Forschung und Digitalisierung) und für die Erreichung der Klimaneutralität bis 2045 verabschiedet.

Wie gelingt es den Grünen, ihre Kernthemen in Zukunft auch dort sichtbar zu platzieren, wo es nicht um Zweidrittelmehrheiten geht? Und welche politischen Schwerpunkte möchten Du und die Fraktion trotz Opposition in der nächsten Zeit besonders voranbringen?

Klimaschutz steht derzeit nicht im Mittelpunkt

der Politik. Das wollen und müssen wir ändern. Klimaschutz braucht Veränderung und wir wollen offen darüber sprechen, positiv dafür werben. Das ist doch ein emotionales Thema: zu erhalten, was uns erhält. Gesunde Wälder, saubere Flüsse, die Vielfalt der Arten, unsere Gesundheit – darüber müssen wir mehr sprechen.

Und die großen Krisen in der Welt bestimmen derzeit die Politik. Viele Menschen fragen sich dann: Und wo bleibe ich? Wir finden, der Alltag der Menschen ist genauso wichtig wie die Weltlage. Der Alltag hier und jetzt muss besser werden: Teure Lebensmittel, hohe Energiekosten, das ganze Chaos bei der Bahn, miese Schulklos oder Kitas, die wegen Personalmangel geschlossen sind. Friedrich Merz hat einen „Herbst der Reformen“ versprochen. Wir sagen Ja zu Reformen, aber Nein zu Sozialabbau. Und wir werden jeden Tag, jede einzelne Debatte im Bundestag für unsere Demokratie und gegen die AfD kämpfen.

Vielen Dank für das Gespräch, Britta!

■ Britta Haßelmann (MdB)

Mitglied des Bundestages
Vorsitzende der Bundestagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

KOLUMNE

Alle komplexen Themen werden auf junge Menschen abgewälzt.

Früher hatten junge Menschen große Pläne. Heute haben sie große Sorgen. Ich bin Teil der Generation Z und die Bundesregierung verspielt unsere Zukunft. Generationengerechtigkeit heißt, Verantwortung fair zu verteilen – zwischen Alt und Jung, Heute und Morgen. Doch genau das passiert gerade nicht. Beim Klima, bei der Rente, beim Haushalt: Union und SPD regieren mit Blick auf die nächste Wahl, nicht auf die nächsten Generationen.

Beim Klimaschutz tritt die Bundesregierung nicht nur auf der Stelle, sie fährt sogar rückwärts. Der in den letzten Jahren endlich gestartete Turbo beim Ausbau der erneuerbaren Energien wird wieder abgewürgt, neue Gaskraftwerke werden geplant. Statt den

Rückstand aufzuholen, wird der Wandel zur Elektromobilität weiter gebremst. Und selbst der europäische Emissionshandel – einst das Lieblingsprojekt der Union – wird infrage gestellt. Doch Klimaschutz ist kein Luxus, sondern Voraussetzung für Freiheit und Sicherheit für die Menschen in der Zukunft.

Auch die Rentenpolitik ist ein Schlag ins Gesicht meiner Generation. Ein zukunftsfestes Konzept zur Finanzierung wird dringend benötigt. Doch die Bundesregierung hat nicht die Kraft, sich diesem komplexen Thema zu widmen. Stattdessen verschiebt sie die Frage der Finanzierung. In meiner Generation glaubt inzwischen kaum mehr jemand, dass die Rente sicher ist. Das ist ein sozialstaatliches

Armutszeugnis. Statt endlich ein nachhaltiges Konzept vorzulegen, werden weiter die älteren Wähler*innen umgarnt, weil sie Mehrheiten sichern. Das ist Stimmenkauf auf Kosten der kommenden Generationen.

In der Haushaltspolitik dasselbe Spiel: Das Sondervermögen, einst zu Recht als Modernisierungspaket für die Zukunft gedacht, wird jetzt zur Trickkiste umfunktioniert. Investitionen, die ohnehin geplant waren, werden umgebucht, um im Kernhaushalt Platz zu schaffen – für Klientelpolitik wie die Mütterrente oder die Gastrosteuersenkung. Die Menschen der Zukunft bezahlen also für etwas, was ihnen gar nicht zugutekommt. Man stiehlt ihnen sozusagen ihr Geld.

Wir Grüne verstehen Politik als Verantwortung über Legislaturperioden hinaus: für die, die noch nicht wählen dürfen, die gerade erst laufen lernen oder noch gar nicht geboren sind. Denn sie können sich politisch nicht wehren. Es ist daher viel zu einfach, sich auf ihre Kosten zu bereichern. Doch die Mutlosigkeit der Bundesregierung führt genau dorthin: Alle komplexen Themen werden auf junge Menschen abgewälzt. Dabei ist es doch Aufgabe der Politik, die Grundlagen für ein gutes Leben aller sicherzustellen – heute und in Zukunft.

■ Jordi Mühle (Redaktion)

Wusstet ihr schon ...?



Rotes Rathaus

Senat

Berlin ist nicht nur die Hauptstadt der Bundesrepublik Deutschland, sondern auch ein Bundesland. Die Landesregierung des Stadtstaates Berlin heißt **Senat**. In den Stadtstaaten Berlin, Hamburg und Bremen sind Senator*innen für bestimmte Fachbereiche zuständig – ähnlich wie Minister*innen in den 13 anderen Bundesländern.

Der derzeitige Senat von Berlin besteht aus dem Regierenden Bürgermeister (CDU),

4 CDU-Senator*innen und einer parteilosen Senatorin sowie 5 SPD-Senator*innen.

Das Rote Rathaus in Berlin Mitte ist das Berliner Rathaus, in dem die Regierenden Bürgermeister*innen sitzen und der Senat tagt.

Der Senat ist mit der Hauptverwaltung für Themen zuständig, die für ganz Berlin gelten, z. B. die Polizei, die Finanzen und die Justiz.



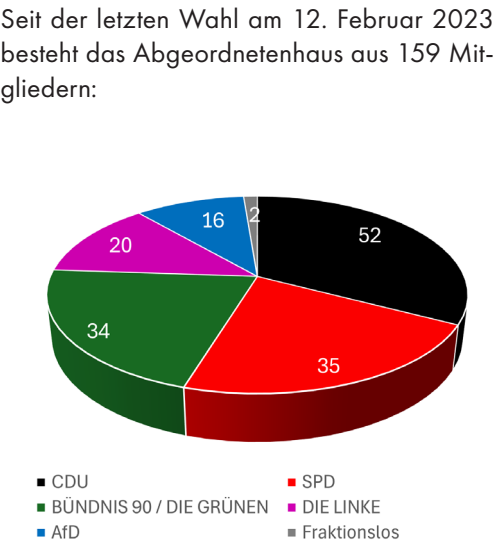
Berliner Flagge

Abgeordnetenhaus (AGH)

Das **Abgeordnetenhaus** von Berlin (AGH Berlin) ist das Landesparlament. Zu den Aufgaben des Abgeordnetenhauses gehört die Kontrolle des Berliner Senats und die Wahl der Regierenden Bürgermeister*innen. Das Abgeordnetenhaus ist für die Gesetzgebung zuständig, das heißt, es verabschiedet z. B. den Berliner Landeshaushalt.

Die Grünen sind derzeit die größte Oppositionspartei.

Folgende grüne Abgeordnete sind aus Charlottenburg-Wilmersdorf Mitglieder des AGH (MdA): June Tomiak, Dr. Petra Vandrey und Christoph Wapler.



Abgeordnetenhaus im Preußischen Landtag, © Peter Thieme



Rathaus Charlottenburg, Foto: Salomé Dick

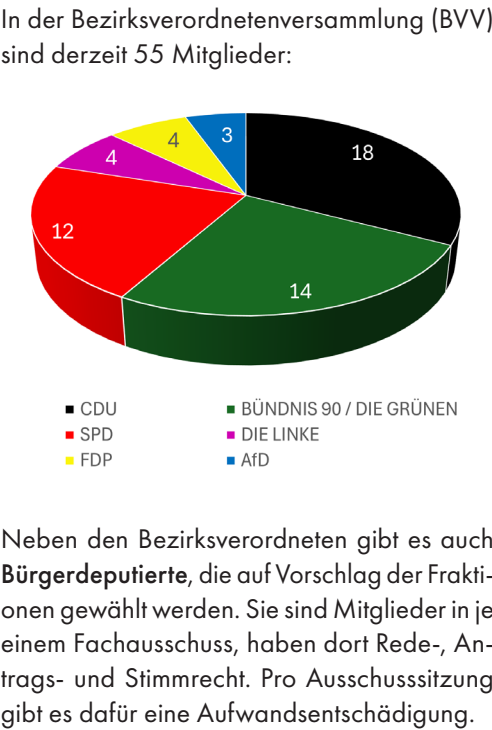
Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf

Jeder der 12 Berliner Bezirke hat eine eigene Verwaltung. Diese Bezirksverwaltungen sind für Angelegenheiten in den Bezirken zuständig, z. B. Standesamt, Stadtentwicklung, Schulen, Soziales, Grünflächen oder Kultur.

Das **Bezirksamt** und die **Bezirksverordnetenversammlung** von Charlottenburg-Wilmersdorf sitzen im Rathaus Charlottenburg.

Das Bezirksamt besteht aus der grünen Bezirksbürgermeisterin Kirstin Bauch, dem grünen Stadtrat Oliver Schruoffeneger sowie drei Stadträt*innen von der CDU und einer SPD-Stadträtin.

Bezirksverordnete arbeiten ehrenamtlich, sie erhalten eine Aufwandsentschädigung.



Jetzt Mitglied werden

Jetzt spenden

Gemeinsam setzen wir uns für konsequenten Klimaschutz, soziale Gerechtigkeit und eine offene Gesellschaft ein. Bei uns findest du viele Möglichkeiten, politisch etwas zu bewegen: im Kiez, im Bezirk und darüber hinaus.

Mit deiner Spende hilfst du uns, grüne Ideen sichtbar zu machen, Aktionen zu organisieren und bei Wahlen für unsere gemeinsamen Ziele anzutreten. Danke!



Impressum

**BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN
Charlottenburg-Wilmersdorf**
Uhlandstraße 79
10717 Berlin
T +49 (0)30/40 74 37 79
E-Mail: kv@gruene-cw.de

Redaktion: Salomé Dick, Johanna Golissa,
Jordi Mühle, Anna Vandrey

V.i.S.d.P: Kreisvorstand BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN Charlottenburg-Wilmersdorf